

# „Fair-Teilen“ in der Krise?

„Fair-Teilen“ klingt nach gerechter Verteilung von Arbeit und der Ergebnisse der Produktion. Die Forderung danach gewinnt ihre Plausibilität angesichts der sozialen Spaltungsprozesse. Wir erleben sie weltweit seit Jahrzehnten vor allem in den Ländern der Zweidrittelwelt. Statt nachholender Entwicklung müssen wir aber feststellen, dass sich nun auch in den sog. reichen Ländern Ausgrenzungs- und Spaltungsprozesse verschärfen.

Reicht da „Fair-Teilen“? Oder müssen wir registrieren, dass der Kapitalismus an Grenzen stößt, die nicht mehr zu überspringen sind? Dann würde die Perspektive des „Fair-Teilens“ zu kurz greifen. „Fair-Teilen“ bleibt in der Gefahr, illusionär Lösungen im Kapitalismus - d.h. auf der Grundlage gelingender Akkumulation des Kapitals - zu suchen, statt die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus zu erkennen und entsprechende Perspektiven und Strategien zu entwickeln. Ich möchte deutlich machen, dass es um letzteres geht. Dabei knüpfe ich an Beobachtungen an, die den Alltag von immer mehr Menschen bestimmen.

## 1. Beobachtungen

### 1.1 Armut durch Arbeitslosigkeit und durch Arbeit

In unserer Gesellschaft wachsen Armut und soziale Spaltung. Armut entsteht sowohl durch Arbeitslosigkeit als auch durch Arbeit. Infolge des Produktivitätsfortschritts ist es möglich, mit immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren zu produzieren und Dienstleistungen anzubieten. In Armut werden also diejenigen „abgeschoben“, die für die Produktion „überflüssig“ sind. Gleichzeitig werden sie zu Versagern gestempelt und unter den Generalverdacht gestellt, staatliche Leistungen zu missbrauchen. Mit der Ausgrenzung als „Überflüssige“ verbindet sich die Erfahrung einer doppelten Demütigung: überflüssig und auch noch am eigenen Schicksal „selbst schuld“ zu sein.

In Armut geraten aber auch Menschen, die in Lohnarbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Es geht darum, so kostengünstig wie möglich zu produzieren. Zumal in der Konkurrenz um Arbeitsplätze wächst der Druck auf die Arbeit und die Arbeitenden. Sie werden gezwungen, in prekären, d.h. ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und für Löhne zu arbeiten, die für das Leben nicht reichen.

### 1.2 Kapitalismus macht arm und krank.

Kapitalismus macht nicht nur arm, sondern auch krank. Diejenigen, die in Lohnarbeit Beschäftigung finden, stehen unter dem krank machenden Druck, jede Zumutung in der Verwertung ihrer Arbeitskraft hinzu nehmen. Schließlich gilt: Jede Arbeit ist besser als keine. Sie sollen ihre Arbeitskraft „mobil“ und „flexibel“, d.h. an jedem Ort und rund um die Uhr, zur Verfügung stellen. Solche Unterwerfung unter das Diktat des Verwertungsprozesses gilt als zu leistende Eigenverantwortung. Genau dies wird bereits im von der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission propagierten Leitbild des Menschen als Unternehmers seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge propagiert<sup>1</sup>. Gefordert ist Selbstunterwerfung und dies soll auch noch Selbstverwirklichung sein. Sie geschieht in einem permanenten Kampf um Selbstbehauptung in der Konkurrenz; sie setzt Menschen unter den Zwang, immer besser, (aus)gebildeter, fitter, fähiger zur Selbstdarstellung als die Konkurrenten zu sein. Die Panik um die Befähigung zu optimaler Selbstverwertung prägt bereits die Angst vieler Eltern im Blick auf die Bildungsangebote in den Kitas.

---

<sup>1</sup> Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigung, Bonn 1997, 36.

Diejenigen, die für die Verwertung ihrer Arbeit ‚überflüssig‘ sind, leiden u.a. unter schlechter Ernährung, Demütigung, Perspektivlosigkeit, Depression... Psychologen sprechen von Traumatisierungserfahrungen in der doppelten Erfahrung von Ausgrenzung und Demütigung<sup>2</sup>. Und auch die ‚Überflüssigen‘ entkommen nicht dem Diktat der Arbeit. Sie werden ‚gefördert und gefordert‘. Auch sie sollen sich permanent in den Fähigkeiten trainieren, die der Verwertung ihrer Arbeitskraft dienen – auch dann wenn dies ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz ist. „Es ist absurd: Die Gesellschaft war niemals so sehr Arbeitsgesellschaft wie in einer Zeit, in der die Arbeit überflüssig gemacht wird. Gerade in ihrem Tod entpuppt sich die Arbeit als totalitäre Macht, die keinen anderen Gott neben sich duldet.“<sup>3</sup>

## 2. In Armut, sozialer Spaltung und in der leiblichen und psychischen Zerstörung von Menschen wirkt sich die innere Schranke der kapitalistischen Produktion und Vergesellschaftung aus.

An der Oberfläche der gesellschaftlichen Entwicklung zeigt sich die Krise als Krise der Arbeit. Sie treibt Menschen in persönliche Krisen und Krankheiten. Reflektieren wir die Tiefenstruktur der Krise, so wird eine logische Schranke der Kapitalvermehrung deutlich. Diese treibt ihn von einer Krise in die nächste.

### 2.1 Eine kapitalistische Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass sie Waren produziert.

Sie werden jedoch nicht zu dem Zweck hergestellt, Gebrauchswerte für menschliche Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen. Es geht um Waren als Träger von Wert und Mehr-Wert. Ihr Wert lässt sich durch Tausch in Geld verwandeln. Die Vermehrung des Geldes ist der Zweck der kapitalistischen Veranstaltung. Geld wird als Kapital immer wieder neu in den Prozess der Verwertung eingespeist. Also: Mittels des Kapitals werden Waren produziert und getauscht. Teile des realisierten Werts fließen wieder neu in die unendliche Bewegung des Verwertung zwecks Vermehrung/Akkumulation des Kapitals. Kapitalistische Produktion dient also nicht dem Leben von Menschen und ihren Bedürfnissen, sondern einem abstrakten Selbstzweck: der Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen. Diesem Zweck dient die Arbeit. Insofern nur durch die Verausgabung von Arbeit Wert und Mehr-Wert produziert werden kann, ist die Arbeit die Substanz des Kapitals.

### 2.2 Entsorgung von Arbeit als der Substanz für die Produktion von Wert und Mehrwert

Die Warenproduktion geschieht jedoch nicht koordiniert, sondern in der Konkurrenz der Unternehmen. Um in der Konkurrenz bestehen zu können, sind die Unternehmen gezwungen, auf dem höchsten technologischen Stand zu produzieren. Nur mit hoher Produktivität können sie sich einen Vorteil in der Konkurrenz verschaffen. Konkurrenz erzwingt also Produktivitätsfortschritt. Der wiederum erzwingt immer höhere Investitionen in Sachkapital. Damit verändert sich die Zusammensetzung des Kapitals: mehr Technologie, also Sachkapital, und weniger menschliche Arbeit. Mit der Arbeit aber wird die zur Vermehrung des Kapitals notwendige Substanz zunehmend entsorgt. Dies hat zur Konsequenz: Die mit weniger Arbeit (gemessen in Zeit) produzierte Ware stellt weniger Wert dar. Hier wird die logische Schranke der kapitalistischen Produktion bereits deutlich: Mit der im Zwang zum Produktivitätsfortschritt entsorgten Arbeit wird dem Kapitalismus die Grundlage für die Vermehrung des Kapitals entzogen.

---

<sup>2</sup> Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Krüger, Vincenzo Petrarca, Solidarisch Mensch werden, Hamburg 2009.

<sup>3</sup> Gruppe Krisis, Manifest gegen die Arbeit, 2/1999, 5.

## 2.3 Steigende Kosten

Gleichzeitig steigen die Kosten - sowohl die Geschäftskosten als auch die Kosten für die Rahmenbedingungen des Wertschöpfungsprozesses. Die Kosten, die für das hohe Niveau der Kapitalintensität aufgewendet werden müssen, überwuchern die Wertschöpfung. Hinzu kommen Reparaturkosten für die Umwelt und die sozialen Folgeprobleme wie Armut und Arbeitslosigkeit. An der Reduktion der Verausgabung abstrakter Arbeit und der damit abnehmenden Wertschöpfung sowie steigenden Kosten für Investitionen in Sachkapital und für das Funktionieren des gesamten Verwertungsprozesses droht die Verwertung zu ersticken. Es muss immer mehr an Kosten aufgebracht werden, um die Produktion von immer weniger Wert zu finanzieren.

## 2.4 Kompensation durch Massenproduktion und ihre Grenzen

Wenn der Anteil der Arbeit sinkt, die in der Produktion verausgabt wird, sinkt auch der Wert der einzelnen Ware. In ihr ist weniger Wert vergegenständlicht. Dieser Wertverlust der einzelnen Ware ließ sich über lange Jahre hinweg durch die Ausweitung der Massenproduktion kompensieren. Diese Kompensation stößt jedoch auf eine innere und eine äußere Grenze

Die innere Grenze ist durch die mikroelektronische Revolution markiert. Je mehr auf ihrer Grundlage produziert wird, schmilzt mehr produktive Arbeit und damit mehr Wertschöpfung ab, als durch die Erweiterung von Produktion und Märkten ausgeglichen werden kann. Die äußere Grenze besteht in der Sättigung der Märkte. Das Wachstum an Produktivität ist größer als die Ausdehnungsmöglichkeiten von Waren und Arbeitsmärkten.

## 2.5 Kompensation durch Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten und das Platzen von Blasen

In den letzten Jahrzehnten zeichnete sich bereits das Problem ab, vor dem die Krise des Kapitalismus gegenwärtig steht: Angesichts des sinkenden Anteils der Arbeit, der steigenden Kosten für Produktion und Finanzierung der gesamten kapitalistischen Veranstaltung einschließlich ihrer Folgeprobleme sowie der genannten Grenzen ist die Finanzierung nur über Verschuldung möglich. Dies zeichnete sich bereits in der Verschuldungskrise der Zweidrittelwelt sowie im Scheitern nachholender Entwicklung unter dem Diktat des Staates (des sog. Sozialismus) ab.

Der ‚liberale‘ Kapitalismus schien einen Ausweg der Verschuldungs- und Finanzierungs Krise in den Finanzmärkten gefunden zu haben. Auf ihnen schien das Geld aus einer unerschöpflichen Quelle zu sprudeln. Das Problem dabei ist: Der Vermehrung des Geldes – ohne Produktion – auf den Finanzmärkten entspricht kein realer Gegenwert. Das Kapital akkumuliert durch den Kauf und Verkauf von Finanztiteln. Dabei wird Geld vermehrt, ohne dass Wert vermehrt wird. Es kommt zu rein fiktiven Wertsteigerungen, die mit Gewinnen aus Arbeit nichts zu tun haben. Akkumulation wird lediglich simuliert. Geld und Arbeit, Finanzmärkte und Realökonomie werden entkoppelt. Diese Entkoppelung ist Ausdruck dafür, dass die Realakkumulation (durch Verausgabung von Arbeit in der Warenproduktion) auf ihre Grenzen stößt. Akkumulation wird zur Scheinakkumulation. Die durch Scheinakkumulation erzeugten Blasen platzen, wenn die Illusion erlischt, dass der in den Wertpapieren fiktiv dargestellte Wert, eingelöst werden kann. Die Immobilienblase 2008 kam zum Platzen, als für viele ‚Häuslebauer‘ die Refinanzierung der Kredite nicht mehr gesichert war.

Das Platzen der Blasen hat herbe Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Hier wird deutlich: Geld und Arbeit, Finanzwirtschaft und Realwirtschaft sind zwar entkoppelt, aber zugleich ist die Scheinakkumulation auch an die Realwirtschaft rückgekoppelt. Die Realwirtschaft ist abhängig von der simulierten Akkumulation auf den Finanzmärkten, insofern substanzlose

Gelder über die Finanzierung von Konsum und Investitionen in die Realwirtschaft zurückfließen. Daher führt das Platzen spekulativer Blasen zu massiven Ein- und Zusammenbrüchen in der Realwirtschaft.

Deshalb ist hier der Staat als Retter gefragt. Er greift zu einem Instrument, das als gescheitert galt, die Finanzierung des Kapitalismus durch Staatsverschuldung. Da die reale Basis für die Akkumulation des Kapitals durch das Abschmelzen der Arbeit wegbricht, ist diese Finanzierung durch keine Aussicht auf künftiges Wachstum gedeckt.

Also: Weder durch Ausweitung der Massenproduktion noch durch Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten kann die innere Schranke der Kapitalverwertung kompensiert werden. Der Kapitalismus stößt auf Grenzen, die er nicht überwinden kann. Er ist ohne Entwicklungsperspektive. So bleibt nur noch das Wachstum der Krise und ihre Verwaltung.

### 3. Der Staat als ideeller und von der Akkumulation abhängiger Gesamtkapitalist wird zum Krisenverwalter.

Als wir im Ökumenischen Netz anfangen, uns kritisch mit Globalisierung zu beschäftigen, haben wir von der ‚Allmacht der Wirtschaft‘ und der ‚Ohnmacht der Politik‘ gesprochen. Inzwischen haben wir gelernt: Der Staat ist nicht einfach Gegenspieler zur Wirtschaft. Markt und Staat sind nicht Gegensätze, sondern können nur gemeinsam – wenn auch in unterschiedlichen Funktionen und in einem Spannungsverhältnis zueinander - das Betriebssystem einer kapitalistischen, d.h. warenproduzierenden Gesellschaft sichern. Der Staat ist von gelingender Akkumulation abhängig. Er kann nur finanzieren, was er für seine Aufgaben von der Wertschöpfung über Steuern abzweigt. Insofern zieht Marktversagen immer Staatsversagen nach sich. In der Krise ist er gezwungen, im Interesse seiner eigenen Funktionsfähigkeit die Akkumulation durch Anreize zu fördern und dabei zugleich seine Aufgaben zu beschränken. Versagt die Akkumulation, versagt auch der Staat. Der Staat ist also Teil des Betriebssystems und damit Teil des Problems und nicht ein Organ, mit dessen Hilfe der Kapitalismus überwunden werden könnte.

Je mehr sich die Krise zuspitzt, mutiert der Staat vom Sozialstaat zum Krisenverwalter. Die Akkumulationskrise, in der sich die Schranke der Verwertung zeigt, meint er durch Investitionsanreize bewältigen zu können. Steuersenkung, Deregulierung, Privatisierung sind die allseits bekannten Patentrezepte. Begleitet ist diese durch die verschiedenen Varianten des Sozialabbaus. Damit sollen die Staatsfinanzen geschont und Schulden abgebaut werden. In dem bekannten Mix aus wirtschaftlichen Anreizen und Sozialabbau geht es darum, Wirtschaft und Staat zu entlasten und den Standort Deutschland konkurrenzfähig zu machen. Nicht zufällig sind diese ‚liberalen‘ Maßnahmen durch den Ausbau der Sicherheitssysteme – von der sog. inneren Sicherheit bis hin zur Militarisierung - untermauert. Dies dient dem Zweck, auch angesichts von in der Krise wachsenden sozialen und ökologischen Unsicherheiten die Funktionsfähigkeit des Systems zu sichern.

Aufgabe des Staates ist es also, angesichts konkurrierender wirtschaftlicher Interessen sowie gesellschaftlicher und politischer Krisen das Gesamtsystem zu sichern. Diese Logik erleben wir in der gegenwärtigen Krise: Der Staat rettet Banken und einbrechende Konjunktur, weil sie ‚systemrelevant‘ sind. Die Folge ist eine wachsende Staatsverschuldung. Das Problem der Staatsverschuldung signalisierte bereits in den 70er Jahren die Grenzen der Finanzierbarkeit der kapitalistischen Veranstaltung. Sie wurde zum Ausgangspunkt der neoliberalen ‚Reformen‘. Auch sie konnten die Systemkrise nicht kompensieren. Nun stehen wir wieder da, wo der Neoliberalismus begann - allerdings auf einem wesentlichen höheren Niveau der Verschuldung. Von einer Reihe von Staaten kann es nicht mehr bewältigt werden. So führt die Verschuldungskrise in die Krise der Staatsfinanzen und in die Krise des Euro.

### 4. Die Krise der Staatsfinanzen und die Krise des Euro

Der Kapitalismus war bereits in den letzten Jahrzehnten nur durch Verschuldung (und als deren Folge durch simulierte Akkumulation) zu finanzieren. Die Exporterfolge der einen wurden mit den Defiziten, d.h. der Verschuldung der anderen bezahlt. Mit dem Staatsbankrott einer Reihe von europäischen Ländern droht der europäische Defizitkreislauf zum Erliegen zu kommen. Dies soll durch die Geldschwemme der Europäischen Zentralbank aufgefangen werden. Mit der Geldschwemme wiederum soll eine Konjunktur befeuert werden, bei der kein sich selbst tragender Aufschwung abzusehen ist. Die Folge der Geldschwemme sind chaotisch schwankende Währungen. In ihnen drückt sich keine ökonomische Stärke oder Schwäche aus, sondern Instabilitäten im Verfall der Währungen, die alle dramatisch gegenüber dem Gold verlieren. Die Krise der Finanzmärkte wird zur Krise des Geldes und seiner staatlichen Garanten. Der Entkoppelung der Waren von ihrer Arbeitssubstanz entspricht die Entkoppelung des Geldes von seiner Wertschubstanz.

Der Euro ist dabei in einer besonders kritischen, weil zwiespältigen Situation. Er ist einerseits nötig, damit der Euroraum in der Konkurrenz der Wirtschaftsblöcke bestehen kann. Zum andern ist er dadurch im Nachteil, dass er als Einheitswährung in einem Raum mit einem sehr unterschiedlichen nationalen Gefälle von Produktivität und Kapitalkraft fungiert und nicht an eine einheitliche politische Souveränität gebunden ist. So wird er zum Streitpunkt gegensätzlicher Interessen.

## 5. ‚Realpolitik‘ als Wahl zwischen Pest und Cholera

Die sog Realpolitik, die sich von der Illusion speist, den Kapitalismus vor sich selbst retten zu können, steht immer wieder neu vor der Wahl zwischen Pest und Cholera:

- Rettungsprogramme für marode Banken und Konjunkturprogramme für eine Wirtschaft, die auf die Grenze ihre Akkumulationsmöglichkeiten stößt, häufen Schuldenberge auf, die real nicht mehr erwirtschaftet werden können. Die Sparprogramme wiederum würgen eine Konjunktur ab, die von der Geldzufuhr aus Verschuldung, also von Defizitkreisläufen abhängig ist.
- Wird in der Krise von den Notenbanken mehr Geld in die Wirtschaftskreisläufe eingespeist, entspricht das Geld immer weniger den wirklichen Wertverhältnissen. Die Konsequenz ist die Entwertung des Geldes. Die drohende Inflation wiederum soll durch Sparprogramme abgewehrt werden, die zur Bremse für die Konjunktur werden.
- Der Preis für die Rettung des Euro sind wiederum Sparprogramme. Sie werden den vom Staatsbankrott ‚geretteten‘ kapitalschwachen Staaten aufgezwungen. Die Folgen dürften in der Entwertung der Arbeitskraft, aber auch von Sach- und Warenkapital bestehen. Diese Prozesse werden sich jedoch kaum auf die sog. Krisenländer beschränken lassen, sondern entsprechende Auswirkungen in Gestalt von Arbeitslosigkeit und weiterem Sozialabbau auch auf die exportstarken Länder haben, die von den Defiziten der anderen abhängig sind. Die von der Bundesanstalt für Arbeit verkündeten Erfolgsmeldungen über den Rückgang der Arbeitslosigkeit täuschen. Die Zahl gutbezahlter Vollzeitarbeitsstellen sinkt, die der schlechtbezahlten Teilzeitstellen nimmt zu. Das hat Auswirkungen auf die Kranken- und Rentenkassen. Und mit dem Verdienst in Teilzeitjobs lässt sich auch keine private Vorsorge finanzieren – ganz zu schweigen von den Problemen, die aufbrechen, wenn die deutschen Exporte nicht mehr durch die Defizite der Abnehmerländer finanziert werden können.

## 6. Orientierung für die Suche nach Alternativen oder: Die ‚Würde des Menschen‘ ist nicht verhandelbar.

Im Krisenzusammenhang des Kapitalismus kann eine auf Systemerhaltung zielende Politik offensichtlich nichts anderes sein als perspektivlose Krisenverwaltung. Politisches Handeln von sozialen Bewegungen darf sich nicht damit zufrieden geben, die Krise abmildernd

mitzugestalten Vielmehr müsste im Widerstand gegen eine menschenunwürdige und repressive Krisenverwaltung eine politische Perspektive gesucht werden.

Die Anerkennung des Rechts auf Leben aller Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ist nicht verhandelbar und kann deshalb auch nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Die Produktion, dessen, was Menschen für ein gutes Leben brauchen, sowie die Organisation der Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben darf nicht von der Kapitalverwertung abhängig sein.

Deshalb ist es wichtig, unabhängig von der Finanzierbarkeit auf Forderungen wie Mindestlohn und Abschaffung von Hartz IV, Absicherung in Krankheit und Alter zu bestehen, Widerstand zu organisieren gegen immer neuen Kürzungen, Schikanen und Zwangsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung, gegen Privatisierung und/oder Stilllegung von lebenswichtigen Infrastrukturen, gegen die Ausrichtung von Bildung und Forschung auf die in die Sackgasse geratenen Bedürfnisse der Kapitalverwertung. Dieser Forderungen sind im Rahmen des kapitalistischen Betriebssystems nicht finanzierbar, weil sie an die (illusionäre) Voraussetzung ‚gelingender‘ Kapitalverwertung gebunden sind. Genau das aber spricht nicht gegen die genannten Forderungen, sondern gegen das kapitalistische Betriebssystem, das auf menschenwürdiges Leben für alle nicht ‚eingestellt‘ werden kann.

Das heißt aber nicht, dass diese Forderungen generell unerfüllbar wären. Im Gegenteil, gesellschaftlich sind die stofflichen und praktisch-technischen Voraussetzungen für ihre Erfüllung vorhanden. Nur können sie im kapitalistischen Rahmen nicht zu diesem Zweck aktiviert werden, weil sie dem Zweck der Kapitalverwertung unterworfen sind. So wird es weiter gehen damit, dass immer mehr Menschen obdachlos werden, während Wohnungen leer stehen, dass Kranke, und Pflegebedürftige nicht ausreichend versorgt bleiben, während Krankenhäuser geschlossen werden... – und das trotz des vorhandenen stofflichen Reichtums und der technischen Möglichkeiten.

Die Herausforderung bestände also darin, den weltweiten Fluss stofflicher und sozialer Ressourcen so zu organisieren, dass sie auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet werden, statt die Befriedigung menschlicher Bedürfnissen von der Kapitalverwertung abhängig und damit immer unmöglicher zu machen. Dabei gibt es gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass der reale Mensch als leiblich-sinnliches und soziales Wesen, das trotz aller Deformierung die Unterwerfung unter die Zwänge der Kapitalverwertung sein Leiden darunter in seinem Körper und in seiner Seele spüren und zum Ausdruck bringen kann. Er ist fähig, sich mit anderen über seine Leiden zu verständigen, sie analysierend zu begreifen und Strategien zu entwickeln, sich aus der Zwangsjacke der Kapitalverwertung zu befreien. Dazu braucht es sozialer Orte, reflektierender Milieus, in denen sozialer Widerstand und emanzipatorische Orientierungen wachsen können.

Von den Kirchen wäre zu erwarten, dass sie zu solchen Orten werden und ihre biblischen Traditionen der Befreiung als Ressourcen des Widerstands und der Hoffnung in die Prozesse kritischer Reflexion und Neuorientierung einbringen: Das Gottesgedächtnis der biblischen Traditionen macht empfindsam für eigenes und fremdes Leid. Es ist untrennbar mit der Perspektive eines solidarischen Menschwerdens und der Hoffnung auf Erlösung, auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, verbunden.

Die Kirchen müssten vor allem der Versuchung widerstehen, im Kampf um Selbstbehauptung der Institution in der Konkurrenz auf dem Markt des ‚Religiösen‘ warenförmige Angebote religiöser Entlastung durch wellness und Events anzubieten. Eine Wohlfühl- und Erlebnisreligion bietet Entlastung in Krise und Untergang, wo Erlösung und Befreiung im Interesse des Lebens von Mensch und Schöpfung gefordert wäre. Wenn die Kirchen den biblischen Traditionen treu bleiben wollen, dürfen sie sich damit nicht begnügen. Die Bibel erzählt nicht davon, dass im Sklavenhaus Ägypten ‚Räume der Stille‘ eingerichtet worden wären, um es dort aushaltbarer zu machen. Sie erzählt von einem Gott, der aus den

Sklavenhäusern befreit – aus Ägypten und Babylon, über Rom bis in unsere Tage. Mit seinem Namen verbindet sich nicht Entlastung, sondern die Hoffnung auf Erlösung als Befreiung von Unrecht und Gewalt, aus Leid und Tod.

Heribert Böttcher